



### **von der Verwaltung**

Steinbrügge, Christiana  
Retzki, Bernd  
Brandt, Martina  
Vergin, Corinna  
Bohnenstädt, Jana

Landrätin  
Dezernent für Schule, Jugend und Soziales  
Leitung Referat Schule und Sport  
Referat Schule und Sport  
Inspektor-Anwärterin, z.Zt. Amt 15

### **Protokollführer**

Langer, Martin

### **Es fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Grabenhorst-Quidde, Sarah  
Plumeyer, Henning

### **Stimmberechtigte Mitglieder in Schulangelegenheiten gem. § 110 NSchG**

Arzberger, Paul  
Ciric, Dean

---

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung:**

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 06.03.2024 (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
  - 5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)
  - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Statistikbericht der Schülerzahlen im Schuljahr 2023/2024  
hier: Bericht über die örtliche Zuordnung von auswärts beschulten Schülerinnen und Schülern
7. Sportförderung:  
Gewährung von Zuschüssen nach den Richtlinien für Zuwendungen zur Förderung des Sports im Landkreis Wolfenbüttel in 2024  
Vorlage: XIX-0411/2024
8. Ehrung von Schülerinnen und Schülern der kreiseigenen Schulen für besondere Leistungen  
Vorlage: XIX-0425/2024
9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
10. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

## Öffentliche Sitzung

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Herr Deitmar eröffnet um 16:03 Uhr die 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport des XIX. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Herr Deitmar begrüßt zwei neue Ausschussmitglieder und weist sie auf die erforderliche Pflichtenbelehrung nach § 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) hin.

Herr Deitmar übergibt das Wort an Frau Steinbrügge.

Frau Steinbrügge bittet die im Saal anwesenden Frau Merle Sophie Stegemann als nicht stimmberechtigtes Mitglied in Sportangelegenheiten und Herrn Lars Roloff als stimmberechtigtes Mitglied für den Kreiselternrat, sich zu erheben. Frau Stegemann und Herr Roloff werden sodann gemäß § 43 NKomVG auf ihre nach §§ 40 bis 42 NKomVG obliegenden Pflichten der Amtsverschwiegenheit, des Mitwirkungsverbot und des Vertretungsverbot hingewiesen.

Die Sitzung findet in hybrider Form statt. Herr Plumeyer werde heute durch Herrn Glier vertreten. Herr Arzberger sei für die heutige Sitzung entschuldigt.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)**

Herr Deitmar stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)**

Herr Deitmar unterrichtet die Anwesenden, dass ein Dringlichkeitsantrag nach § 8 der Geschäftsordnung des Herrn Dr. Krause-Hotopp vorläge (Anlage 1). Herr Deitmar bittet Herrn Dr. Krause-Hotopp, seinen Antrag zu begründen.

Herr Dr. Krause-Hotopp führt aus, dass die Stadt Braunschweig plane, ab dem Schuljahr 2025/26 keine neuen Schülerinnen und Schüler aus der Samtgemeinde Sickte an den Braunschweiger Gymnasien aufzunehmen. Um die zukünftige Situation in der Samtgemeinde Sickte und den Sekundarstufen im Landkreis Wolfenbüttel zu beurteilen und die Einflussmöglichkeiten des Landkreises Wolfenbüttel auf die Stadt Braunschweig auszuloten, sei die Einberufung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung dringend erforderlich.

Frau Steinbrügge und Herr Deitmar entgegnen, dass der Rat der Stadt Braunschweig in seiner letzten Sitzung bereits einen Beschluss zur Änderung der Schulbezirkssatzung gefasst habe.

Über die inhaltlichen Auswirkungen könne im Rahmen der Ausschusssitzung im Herbst 2024 diskutiert werden. Die Dringlichkeit der Einberufung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung sei nicht zu erkennen.

Herr Märtens schließt sich dieser Meinung an. Bis zu den Anmeldungen der Schülerinnen und Schüler im Mai 2025 sei noch ausreichend Zeit, um u.a. mit der Stadt Wolfenbüttel als Träger der Gymnasien im Landkreis Wolfenbüttel ins Gespräch zu kommen.

Herr Dr. Krause-Hotopp bittet die Verwaltung, den Ausschuss im Rahmen des weiteren Verlaufs der Ausschusssitzung über den aktuellen Stand der Angelegenheit zu unterrichten.

Herr Weitemeier schlägt vor, dass der Ausschuss heute darüber befinden solle, sich im Rahmen der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung zeitnah mit dem Thema zu befassen.

Herr Prötzel plädiert ebenfalls für die Einberufung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung, da die bisherige Kommunikation des Themas zu Verunsicherungen auf Seiten der Eltern geführt habe.

Herr Märtens weist auf die geringen Einflussmöglichkeiten des Landkreises Wolfenbüttel hin, da der Landkreis Wolfenbüttel über keine eigenen Gymnasien verfüge. Die Fraktionen hätten hier lediglich die Möglichkeit, die Sache zu beraten.

Herr Löhr sieht die Notwendigkeit, sich mit dem Thema zu befassen. Eine Dringlichkeit könne er jedoch nicht erkennen. Da der Landkreis keine eigenen Gymnasien habe, plädiere er für einen Austausch mit der Stadt Wolfenbüttel im Rahmen einer Sitzung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung nach den Sommerferien.

Herr Dr. Krause Hotopp unterstreicht, dass es ihm zunächst um die Einberufung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung gehe. Die inhaltliche Arbeit, bei der es auch darum gehe, die Auswirkungen auf die Stadt Wolfenbüttel gemeinsam zu besprechen, sei dann Aufgabe der Arbeitsgruppe. Hierzu zähle u.a. auch die zukünftige Entwicklung der Schülerströme.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Herr Deitmar über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag abstimmen. Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport bei 5 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen nachstehenden

#### **Beschluss:**

Der Dringlichkeitsantrag des Herrn Dr. Krause-Hotopp für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, anlässlich des Beschlusses des Rates der Stadt Braunschweig über die Änderung der Schulbezirkssatzung die Tagesordnung der 11. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport um den Punkt „Einberufung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung“ zu erweitern, wird abgelehnt.

Da in der Folge keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, wird die Tagesordnung einstimmig in der vorliegenden Form beschlossen.

#### **TOP 4      Genehmigung des Protokolls über die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 06.03.2024 (§§ 23, 5d GO)**

Herr Deitmar stellt das allen Ausschussmitgliedern vorliegende Protokoll des Ausschusses für Schule und Sport vom 06.03.2024 zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Schule und Sport einstimmig bei zwei Enthaltungen nachstehenden

#### **Beschluss:**

Das Protokoll über die 10. Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport vom 06.03.2024 wird genehmigt.

## **TOP 5     Anfragen (§§ 23, 5e GO)**

### **TOP 5.1   Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)**

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

### **TOP 5.2   Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)**

Herr Märtens bittet um Darstellung der Anmeldezahlen der kreiseigenen Schulen für das Schuljahr 2024/25.

Frau Brandt erläutert die Anmeldezahlen der kreiseigenen Schulen (Anlage 2). Bei der Anmeldung an der Oberschule Sickte gibt es keine Differenzierungen nach Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler. Wird die gleiche Differenzierung bei der Leistungsstärke der Schülerinnen und Schüler angelegt, wie bei den Gesamtschulen, so wären 26 Schülerinnen und Schüler im Lostopf 1 (leistungsstarke Schülerinnen und Schüler - Summe der Noten in Deutsch, Mathematik und Sachkunde max. 7). Unversorgte Schülerinnen und Schüler seien aktuell nicht bekannt. Die Erfahrung der Vorjahre zeige, dass Nachmeldetermine der Haupt- und Realschulen oft nicht wahrgenommen würden. Die Anmeldungen würden zum Teil erst unmittelbar zum Beginn des neuen Schuljahres erfolgen.

Herr Glier nimmt ab 16.25 Uhr an der Ausschusssitzung teil.

Herr Dr. Krause-Hotopp bittet um eine Liste der Anträge für die Kreisschulbaukasse und um einen kurzen Bericht der Verwaltung über das Ergebnis des Gesprächs mit den Hauptverwaltungsbeamten über die Aufteilung der Zuwendungen zur Kreisschulbaukasse.

Frau Steinbrügge antwortet, dass das letzte Gespräch mit den Hauptverwaltungsbeamten im April 2024 stattgefunden habe. Wesentliche Eckpunkte seien die Finanzierung von Vorhaben im Primarbereich, die zukünftig zu 100% als Darlehen sichergestellt werden sollen und die Finanzierung der Vorhaben in den Sekundarbereichen, die zukünftig zu 80% als Darlehen und zu 20% als Zuweisungen sichergestellt werden sollen. Bei tatsächlichem Maßnahmenbeginn solle das Darlehen zum nächstmöglichen Zeitpunkt in voller Höhe ausgezahlt werden. Zuweisungsbeträge werden nach Abrechnung ausgezahlt. Der aktuelle Antragsstau belaufe sich auf ca. 31 Mio. Euro. Die Höhe der erforderlichen Einzahlungen in die Kreisschulbaukasse sei noch in Klärung. Bisher trage der Landkreis zwei Drittel und die Gemeinden ein Drittel. Ziel der nächsten Jahre sei eine finanziell ausgeglichene Kreisschulbaukasse. Dies erfordere ein Abwägen zwischen den finanziellen Möglichkeiten einerseits und dem zeitnahen Ausgleich der Kreisschulbaukasse andererseits.

Herr Dr. Krause-Hotopp bittet die Verwaltung um Auskunft, wo und mit welchem Stellenumfang Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an Schulen tätig seien.

Frau Brandt sichert eine Protokollantwort zu.

#### Protokollantwort:

*Die Liste der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter ist dem Protokoll als Anlage 3 beigelegt.*

Herr Weitemeier bittet um Auskunft, ob und zu welchem Zeitpunkt die Stadt Braunschweig im Vorfeld der Entscheidung mit den umliegenden Kommunen über die geplante Änderung der Schulbezirkssatzung der Braunschweiger Gymnasien gesprochen habe.

Frau Steinbrügge und Herr Retzki berichten, dass es entgegen der Darstellung in der Vorlage zum Ratsbeschluss der Stadt Braunschweig, kein Einverständnis seitens des Landkreises oder der Stadt Wolfenbüttel gegeben habe. Im Rahmen regelmäßiger Verwaltungskonsultationen von Landkreis und Stadt Wolfenbüttel mit der Stadt Braunschweig im Februar 2024, habe die Stadt Braunschweig zunächst noch um Vertraulichkeit gebeten, damit sie ihre politischen Gremien informieren könne. Aufgrund unzureichender Kommunikation von Seiten der Stadt Braunschweig, unterblieb eine weitergehende Information und Beteiligung des Landkreises und der Stadt Wolfenbüttel. Die Beschlussvorlage gelangte ohne weitere Absprachen in den Beratungs- und Beschlusslauf der Ratsgremien der Stadt Braunschweig.

Herr Weitemeier bittet die Verwaltung, die Schulbezirkssatzungen und weitere in diesem Zusammenhang stehende Vereinbarungen, dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Frau Brandt sichert eine Übermittlung im Rahmen einer Protokollantwort zu.

*Protokollantwort:*

*Der Landkreis Wolfenbüttel hat mit der Stadt Braunschweig und der Stadt Wolfenbüttel abgestimmte und übereinstimmende Schulbezirkssatzungen für den Besuch der Gymnasien. Darüber hinaus regelt eine Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und dem Landkreis Wolfenbüttel die zu zahlenden Sachkosten. Folgende Dokumente sind dem Protokoll als Anlage beigefügt:*

*Anlage 4:*

*Satzung der Stadt Wolfenbüttel über die Festlegung der Schulbezirke für das Gymnasium im Schloss, das Theodor-Heuss-Gymnasium und das Gymnasium Große Schule*

*Anlage 5:*

*Satzung der Stadt Braunschweig über die Festlegung von Schulbezirken in der Stadt Braunschweig (gekürzt um die Anlage zu § 2 -Straßenzüge für die Grundschulen-)*

*Anlage 6:*

*Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über die Festlegung von Schulbezirken für den Besuch von Gymnasien*

*Anlage 7:*

*Vereinbarung zwischen der Stadt Braunschweig und dem Landkreis Wolfenbüttel (Sachkosten)*

Herr Glier bittet um Auskunft, welche unterschiedlichen Rechtsauffassungen hinsichtlich der Finanzierung des Ganztagsangebotes 2026/27 an Grundschulen bestehen.

Frau Steinbrügge erläutert, dass es in Niedersachsen eine Verständigung darüber gebe, dass beim zukünftigen Ganztagesangebot die grundsätzliche Zuständigkeit bei den Schulen läge. Nur für einen Zeitraum von acht der insgesamt zwölf Wochen Schulferien ist der Landkreis für die Gewährleistung des Rechtsanspruchs zuständig. Bei den anstehenden Gesprächen mit der Landesschulbehörde gehe es um das grundsätzliche Verständnis zur Zuständigkeit des Landes und um die Umsetzung, z. B. den Einsatz kapitalisierter Lehrerstunden für den Einkauf von Betreuungsleistungen durch die Schulen. Für die Bemessung der Finanzierung des Ganztagsangebots sind die Anmeldezahlen maßgebend, denn es handelt sich um ein freiwilliges Angebot. Fraglich ist, ob die Zahlungen des Landes für die Gewährleistung des Ganztagsanspruchs ausreichen.

Der Landkreis Wolfenbüttel werde eine Koordinierungsstelle für den von ihm zu organisierenden und finanzierenden Teil eines Ganztagsangebotes einrichten.

Herr Märtens verlässt die Sitzung um 16:40 Uhr.

**TOP 6      Statistikbericht der Schülerzahlen im Schuljahr 2023/2024**  
**hier: Bericht über die örtliche Zuordnung von auswärts beschulten**  
**Schülerinnen und Schülern**

Der Ausschuss für Schule und Sport bat um Auskunft, aus welchen Einheits- bzw. Samtgemeinden die auswärts beschulten Schülerinnen und Schüler stammen. Frau Brandt berichtet über deren örtliche Zuordnung (Anlage 8). Die erste Seite der Präsentation sei ein Auszug aus dem Statistikbericht mit den Gesamtschülerzahlen zu entnehmen. Sei in der detaillierten Darstellung keine Zahl vor den Einheits- und Samtgemeinden aufgeführt, so sei die Schülerzahl gleich dem Wert „1“.

Herr Deitmar eröffnet die Aussprache.

Frau Fahlbusch bittet um Auskunft, ob weitere Privatschulen von Schülerinnen und Schülern aus dem Landkreis Wolfenbüttel besucht werden.

Frau Brandt antwortet, dass die Datensätze nach allen bekannten Privatschulen gefiltert worden seien.

Herr Dr. Krause-Hotopp fragt, ob bekannt sei, in welcher Höhe der Landkreis Wolfenbüttel für die auswärts beschulten Schülerinnen und Schüler an andere Kommunen Schulgelder zahle.

Frau Brandt sichert die Zahlen als Protokollantwort zu.

Protokollantwort:

*Lt. geltenden Vereinbarungen zwischen den Kommunen und dem Landkreis Wolfenbüttel, werden die Sachkosten in der Regel pro auswärtiger Schülerin/Schüler abgerechnet. Für das Haushaltsjahr 2023 wurden insgesamt 1,2 Mio. Euro gezahlt.*

**TOP 7      Sportförderung:**  
**Gewährung von Zuschüssen nach den Richtlinien für Zuwendungen**  
**zur Förderung des Sports im Landkreis Wolfenbüttel in 2024**  
**Vorlage: XIX-0411/2024**

Herr Deitmar eröffnet die Aussprache.

Herr Roloff erkundigt sich, welche Rasenmäher im Rahmen der Vorlage gefördert werden.

Frau Brandt erläutert, dass es sich um Aufsitz-Rasenmäher handele.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

**Beschlussempfehlung:**

Der Ausschuss für Schule und Sport empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Folgende Zuschüsse werden nach Ziff. II der Richtlinien für Zuwendungen zur Förderung des Sports im Landkreis Wolfenbüttel in 2024 gemäß Anlage 1 gewährt.

Des Weiteren wird von folgenden Zuschüssen nach Ziff. III und IV der Richtlinie für Zuwendungen zur Förderung des Sports im Landkreis Wolfenbüttel in 2024 gemäß Anlage 1 Kenntnis genommen.

Die Gewährung aller Zuschüsse erfolgt vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2024.

**TOP 8 Ehrung von Schülerinnen und Schülern der kreiseigenen Schulen für besondere Leistungen**  
**Vorlage: XIX-0425/2024**

Frau Brandt erläutert, dass für besondere Leistungen zu ehrende Schülerinnen und Schüler von sieben kreiseigenen Schulen vorgeschlagen worden sein.

Frau Brandt ergänzt, dass die Carl-Gotthard-Langhans-Schule, eine Schülerin bzw. Schüler mehr gemeldet hat, als sie aufgrund ihrer Schülerzahl hätte melden dürfen. Das Engagement der ersten drei Schülerinnen und Schüler der Carl-Gotthard-Langhans-Schule werde als Gruppenleistung gewertet. Die Ausschussmitglieder werden in Kürze eine Einladung erhalten. Eingeladen werden auch die Schulleitungen. Die zu ehrenden Schülerinnen und Schüler dürfen je zwei Begleitpersonen mitbringen. Die gemeinsame Veranstaltung mit der Stadt Wolfenbüttel finde in der Landesmusikakademie statt.

Auf Nachfrage von Herrn Prötzel erläutert Frau Brandt, dass die Schülerehrungen der Stadt Wolfenbüttel im Rahmen einer Ratssitzung gemeinsam von der / dem Ratsvorsitzenden und Schulausschussvorsitzenden vorgenommen würden. Beim Landkreis sei dies bislang im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung durch die Referatsleitung Schule und Sport und den Dezernenten erfolgt.

Herr Retzki erläutert, die Verwaltung stehe Personalvorschlägen seitens der Politik offen gegenüber und könne sich eine ähnliche Vertretung, wie in den städtischen Gremien, auch für den Landkreis Wolfenbüttel vorstellen.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

**Beschluss:**

1. Die Vorschläge zu den in 2024 zu ehrenden Schülerinnen und Schüler der kreiseigenen Schulen werden zur Kenntnis genommen.
2. Es wird der Überschreitung der Anzahl zu ehrender Schülerinnen und Schüler um eins im Falle der CGLS für das Jahr 2024 zugestimmt, da eine Gruppenleistung nach Nr. 3 des Beschlusses zur Schülerehrung vorliegt.

**TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)**

Frau Steinbrügge greift die Bitte vom Beginn der Ausschusssitzung auf, die Verwaltung möge den Ausschuss über den aktuellen Stand der Änderung der Schulbezirkssatzung der Stadt Braunschweig informieren.

Frau Steinbrügge erläutert, dass der Beschluss über die Änderung der Schulbezirkssatzung in der Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig am 14.05.2024 gefasst worden sei. Geschwisterregelungen seien darin nicht geregelt, da die Entscheidung über Ausnahmegenehmigungen laut dem Niedersächsischen Schulgesetz bei den abgebenden bzw. aufnehmenden Schulen läge. Der Schulträger sei nur zu beteiligen in Sachen Schülerbeförderung und Aufnahmekapazität.

Herr Retzki ergänzt, dass Frau Brandt, sowie der für das Schulwesen in der Stadt Wolfenbüttel zuständige Dezernent, Herr Drahn, und er selbst am 14.05.2024 ein Gespräch über die zu erwartenden Auswirkungen dieser Entscheidung geführt hätten. Man gehe ab dem Schuljahr 2025/26 von ca. 30 Schülerinnen und Schülern je Jahrgang aus der Samtgemeinde Sickte aus, die von der Änderung der Schulbezirkssatzung der Stadt Braunschweig betroffen sein. Die Stadt Wolfenbüttel erwarte in den kommenden vier bis fünf Jahren weiterhin hohe Anmeldezahlen an den Wolfenbütteler Gymnasien. Danach würden die Anmeldezahlen wieder sinken. Das Gymnasium im Schloss sei aktuell fünfzünftig. Die jeweils vierzügigen Gymnasien Große Schule und Theodor-Heuss-Gymnasium seien begrenzt in der Lage, weitere Schülerinnen und Schüler aufnehmen zu können. Insbesondere am Gymnasium im Schloss sei jedoch platzmäßig kein Aufbau mehr möglich. Die Möglichkeit, die Schülerinnen und Schüler aus Salzgitter-Thiede, die im Rahmen von Schulbezirksregelungen der Stadt Salzgitter und der Stadt Wolfenbüttel mehrheitlich das Gymnasium im Schloss besuchen, zukünftig dort nicht mehr aufzunehmen, würde eine Kettenreaktion nach sich ziehen können, da bedingt durch diese Maßnahme der Druck auf die Stadt Salzgitter erhöht würde, ihrerseits nach Möglichkeiten der Entlastung ihrer Schulen u.a. gegenüber anderen umliegenden Gebietskörperschaften zu suchen. Aktuell sei noch nicht erkennbar, wie sich der Beschluss der Stadt Braunschweig auf die Schülerzahlen der einzelnen Schulformen auswirken werde. Aktueller Handlungsbedarf bestehe nur bei der Schülerbeförderung. Die Stadt Wolfenbüttel habe signalisiert, dass sie die Schülerinnen und Schüler des Jahrganges 2025/26 unterbringen könne.

Herr Weitemeier bittet um Auskunft, bis wann die Kommunen ihre Schulbezirkssatzungen den neuen Gegebenheiten anpassen müssen.

Frau Steinbrügge antwortet, dass spätestens im IV. Quartal 2024 entsprechende Regelungen getroffen werden sollten.

Herr Weitemeier plädiert in diesem Zusammenhang für eine Anpassung der Kapazitäten und Fahrpläne des ÖPNV zwischen der Samtgemeinde Sickte und der Stadt Wolfenbüttel an die zusätzlichen Schülerströme zu den Wolfenbütteler Gymnasien. Dies dürfe jedoch nicht zu Attraktivitätseinbußen auf den ebenfalls vorhandenen Strecken der Schülerbeförderung zwischen der Samtgemeinde Sickte und der Stadt Braunschweig führen.

Herr Langer antwortet, dass bereits erste Gespräch mit den betroffenen Verkehrsunternehmen geführt worden sein. Bereits heute nutzen Schülerinnen und Schüler, die nicht ausschließlich die Wolfenbütteler Gesamtschulen besuchen, die RegioBus-Linie zwischen der Samtgemeinde Sickte und der Stadt Wolfenbüttel. Die regelmäßigen Schülerbeförderungszeiten würden berücksichtigt. Abweichungen im Stundenplan oder Unterrichtsausfälle verpflichten den Landkreis Wolfenbüttel jedoch nicht zur Schülerbeförderung.

Herr Langer führt weiter aus, dass das Angebot des 30 €-Schülertickets durch den Regionalverband Großraum Braunschweig bis zum 31.07.2025 verlängert worden sei. Der Landkreis Wolfenbüttel werde dieses Schülerticket für die Schülerinnen und Schüler im Sekundarbereich II als kostengünstige Alternative weiterhin nutzen.

Herr Langer ergänzt, dass im Gebiet des Verkehrsverbundes Region Braunschweig (VRB) mit Beginn des Schuljahres 2024/25 die bisherige Sammel-Schülerzeitkarte durch das Deutschlandticket abgelöst wird. Die Vorbereitungen liefen seit März 2023. Der größte Teil der Datensätze sei bereits an den VRB übermittelt worden. Mit einer Lieferung der Deutschlandtickets sei spätestens zum 15.07.2024 zu rechnen. Die Verteilung erfolge – wie bisher auch – über die Schulen. Die bisherigen Papiertickets würden durch Kunststoffkarten mit Chip abgelöst. Auch das 30 € - Ticket werde im Laufe der kommenden Monate auf Kunststoff-Karte mit Chip umgestellt. Die Karten behielten eine Gültigkeit von fünf Jahren und können bei Verlust der Anspruchsberechtigung auf kostenlose Schülerbeförderung durch den VRB per Fernwartung deaktiviert werden. Eine zweite Charge an Datensätzen werde dem VRB gegen Ende Juni 2024 geliefert. Dieser Datensatz enthalte in erster Linie die Daten der Schülerinnen und Schüler, die auf die weiterführenden Schulen wechseln und erst

jetzt ihre Anträge auf Schülerbeförderung stellen. Aufgrund des langen Vorlaufs bis zum abschließenden Druck der Karten, würden diese Schülerinnen und Schüler erst zum 01.09.2024 ihre Deutschlandtickets erhalten. Als Übergangslösungen seien Ersatzbescheinigungen bis hin zu einer Verlängerung von Karenzzeiten im Gespräch. Dies und die vertragliche Gestaltung sei Gegenstand der aktuellen Gespräche zwischen VRB, Regionalverband Großraum Braunschweig, den Verkehrsunternehmen und den Kommunen.

## **TOP 10 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)**

Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Herr Deitmar schließt die Sitzung um 17:20 Uhr.

Vorsitzender Reinhardt Deitmar

Dezernent Bernd Retzki

Protokollführer Martin Langer